



Dr. Klaus Radunsky  
Registerstelle g  
Spittelauer Lände 5  
1090 Wien

**CARE Österreich**  
Verein für Entwicklungs-  
zusammenarbeit und  
humanitäre Hilfe

Lange Gasse 30/4  
1080 Vienna  
Österreich

tel +43-1-715 0 715  
fax +43-1-715 0 715 -12  
e-mail [care@care.at](mailto:care@care.at)  
[www.care.at](http://www.care.at)

30.10.2009

## **Millionen Hungertote verhindern – durch ein gerechtes Weltklimaabkommen**

Sehr geehrter Herr Dr. Radunsky,

2009 ist die Zahl der weltweit Hungernden mit 1,02 Milliarden Menschen auf den höchsten Wert seit 1970 gestiegen. Diese schockierende Zahl steht in krassem Gegensatz zum von der Staatengemeinschaft im Jahr 2000 formulierten Millenniums-Ziel, die Zahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren.

Als in der „TASK-GROUP Recht auf Nahrung“ beteiligte Organisationen bzw. Institutionen sind wir in großer Sorge, dass sich die Zahl der Hungernden in Folge des fortschreitenden Klimawandels noch weiter erhöhen wird.

Umso vordringlicher erscheint es uns, dass das derzeit verhandelte neue Klimaabkommen für die Zeit nach 2012 sicherstellt, dass ausreichend und verlässlich Mittel für Klimawandelanpassung und Katastrophenvorsorge bereitgestellt werden.

Diese zusätzlichen finanziellen Mittel müssen in erster Linie Ländern und Gemeinden zugute kommen, die vom Klimawandel schon heute massiv betroffen sind sowie Frauen und Männern in extremer Armut.

In diesem Sinn möchten wir dringend an Sie appellieren, sich bei den laufenden Klimaverhandlungen dafür einzusetzen, dass

- Kompensationszahlungen für Klimawandelanpassung und Katastrophenvorsorge in Höhe von mindestens 40 Mrd. EUR pro Jahr auf internationaler Ebene zur Verfügung gestellt werden;
- diese Zahlungen vorrangig besonders betroffenen und anfälligen Bevölkerungsgruppen („vulnerable groups“) und lokale Gemeinden mit geringer Anpassungsfähigkeit zugute kommen müssen - im Besonderen Frauen, Kindern und indigenen Völkern;
- jene Bevölkerungsgruppen systematisch und geschlechterspezifisch erhoben werden, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind;

- › besonders benachteiligte und betroffene Bevölkerungsgruppen bei der Planung, Entscheidung und Umsetzung von Klimaschutz-, Katastrophenvorsorge- und Anpassungsmaßnahmen gleichberechtigt mit einbezogen werden;
- › nationale und lokale Klimastrategien und ihre Umsetzung regelmäßig und systematisch daraufhin überprüft werden, ob sie besonders benachteiligten und vom Klimawandel besonders betroffenen Gruppen zugute kommen und Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen.

Sehr gern würden wir Ihnen diese wichtigen Anliegen bzw. auch die Frage einer an Armutsbekämpfung orientierten Klimawandel-Anpassungsfinanzierung bei einem persönlichen Gespräch erläutern und würden uns freuen, wenn Sie dafür eine zeitliche Möglichkeit sehen

Mit freundlichen Grüßen,



**Mag. Andreas Zahner**  
Fachreferent für  
Ernährungssicherheit und  
Klimawandel  
CARE Österreich



**Ing. Heinz Hödl**  
Geschäftsführer  
Koordinierungsstelle der  
Österreichischen  
Bischöfskonferenz (KOO)



**DI<sup>in</sup> Gertrude  
Klaffenböck**  
Sektionskoordinatorin  
FIAN Österreich



**DI<sup>in</sup> Irmi Salzer**  
Referentin Öffentlichkeitsarbeit  
Österr. BergbäuerInnen-  
Vereinigung Via Campesina  
Austria



**Mag. Klemens Riegler**  
Geschäftsführer  
Ökosoziales Forum



**Mag<sup>a</sup>. Lisa Sterzinger**  
Anwaltschaft  
World Vision



**DI Thomas Preindl**  
Auslandshilfe  
Caritas Österreich

Die **Task Group Recht auf Nahrung** wurde im Frühjahr 2007 als eine nach internationalem Vorbild gestaltete, informelle Arbeitsgruppe von VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen und kompetenten Ministerien gegründet. So haben VertreterInnen der Zivilgesellschaft gemeinsam mit KollegInnen im Bundesministerium für europäische und auswärtige Angelegenheiten (in der Folge BMeiA) und im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (in der Folge Lebensministerium) sowie von Wissenschaft und Forschung eine institutionenübergreifende Initiative gestartet, um österreichische Empfehlungen zur Stärkung des Menschenrechts auf eine angemessene Ernährung zu erarbeiten.“